

Neue landespolitische Rahmenbedingungen für Kommunen in Haushaltssicherung

Duisburg 26. November 2010

Derzeitige Finanzsituation:

- **Kassenkredite** aller NRW-Kommunen liegen bei **19, 5 Milliarden Euro**
- **90 Prozent** der nordrhein-westfälischen Kommunen können in diesem Jahr ihren Haushalt nicht strukturell ausgleichen
- **169 Kommunen** befinden sich 2010 im **Nothaushalt**
- **35 Kommunen** sind **überschuldet**
 - Zuletzt waren es nur **neun**.

Überblick Einnahmen

- zur rot-grünen Regierungszeit in den Jahren **2000 - 2004 insgesamt 174,6 Milliarden Euro** an Steuern eingenommen.
- In den Jahren **2005 - 2009 hat das Land insgesamt 192,7 Milliarden Euro** an Steuern eingenommen.
- Aber das Gleiche an GFG ausgezahlt
- Es fehlen: über 4 Milliarden

Vergleich Steuereinnahmen

- 2000: 37,8 Mrd. €
- 2001: 33,6 Mrd. €
- 2002: 35,9 Mrd. €
- 2003: 33,4 Mrd. €
- 2004: 33,9 Mrd. €
- 2005: 34,7 Mrd. €
- 2006: 37,0 Mrd. €
- 2007: 40,5 Mrd. €
- 2008: 42,0 Mrd. €
- 2009: 39,5 Mrd. €
- GFG: Insgesamt jeweils 34,4 Mrd. Euro

Vergleich Kassenkredite

- Mai 2005: 10,2 Milliarden €
- Ende 2008: 14,8 Milliarden €
- Mitte 2009: 16 Milliarden €
- Ende 2009: 17,5 Milliarden €
- Mitte 2010: 19,5 Milliarden €
- Ende 2010: über 20 Milliarden €

Vergleich Einnahmen GFG

- 2000: 7,27 Mrd. €
- 2001: 6,97 Mrd. €
- 2002: 7,04 Mrd. €
- 2003: 5,88 Mrd. €
- 2004: 7,23 Mrd. €
- 2005: 6,34 Mrd. €
- 2006: 5,81 Mrd. €
- 2007: 6,72 Mrd. €
- 2008: 7,57 Mrd. €
- 2009: 7,94 Mrd. €

Schwarz-Gelbe Kürzungen I

Die schlechte Finanzsituation der Kommunen ist insbesondere durch die vielen Kürzungen unter Schwarz-Gelb entstanden, zu den Kürzungen gehören:

- **Einheitslasten:** 2006 - 2008: 186 - 900 Millionen Euro
- **Verbundsatzsenkung:** 2006: 158,5 Millionen Euro
- **Grunderwerbsteuer:** dauerhaft 130 - 180 Millionen Euro: seit 2007: 380 Millionen Euro

Schwarz-Gelbe Kürzungen II

- **Elternbeiträge:** 84,5 Millionen Euro dauerhaft:
seit 2006: 300 Millionen Euro
- **Sachkosten Kindergärten:** seit 2006: 54
Millionen Euro
- **Kinderfördergesetz** (keine Durchleitung der
Bundesmittel: 2009: 17 Millionen Euro, 2010:
43,6 Millionen Euro, steigende Tendenz

Schwarz-Gelbe Kürzungen III

- **Schülerfahrtkosten:** seit 2006: 120 Mio. €, dauerhaft: 27 Millionen
- **Weiterbildung:** seit 2006: 58 Mio. €, dauerhaft 16,5 Millionen
- **Krankenhausinvestitionen:** seit 2007: 330 Mio. €, dauerhaft: 110 Millionen
- **Wohngeldmittel:** dauerhaft 220 Millionen Euro, seit 2006: 880 Millionen Euro

Steigende Soziallasten

Zu den Kürzungen kommen steigende Soziallasten:

- Kosten für Unterkunft und Heizung: Absenkung des Bundesanteils von 29,1 % auf 23,6 % (auskömmliche Finanzierung läge bei 36 %)
- Steigende Fallzahlen von SGB II – BezieherInnen von unter 7 Mio. auf 7,5 Mio. Mitte 2010
- Anstieg der Kosten von 3,26 Mrd. € auf 3,5 Mrd. € zu erwarten, mit steigender Tendenz
- NRW - zahlt 300 Mio. €
- NRW-Städte: zahlen 1,675 Mrd. €

Dramatische Einbrüche für Kommunen

- GFG 2010 berücksichtigt in vollem Maße (nachlaufend) die Steuereinbrüche:
Statt 7,97 Mrd. € nur noch 7,6 Mrd. €
- Gewerbesteuern 2009: - 1,7 Mrd. € (20 %)
- Anstieg Kosten der Unterbringung: 240 Mio. €
- Kosten Grundsicherung: + 510 Millionen €

Unser Aktionsplan

- Altschuldenfonds bilden
- GFG aufstocken
- Grunderwerbsteuer auszahlen
- Einheitslastenrückzahlung ändern
- Kommunalaufsicht verbessern
- Förderprogramme flexibler gestalten

Altschuldenfonds

- Fonds soll ca. 7-10 Milliarden Euro umfassen
- Druck auf Bund über Stimmverhalten im Bundesrat wegen Soziallastenübernahme erhöhen
- Refinanzierung kostet jährlich 300-400 Millionen Euro
- Kommunalanteil auf 150 Millionen € gedeckelt
- Konzept mit Kriterien zur Verteilung wird erarbeitet: **KEIN** Gießkannenprinzip, starke Schultern müssen mehr tragen, Konsolidierungspläne, Einsparungen
- Vorlage Gutachten im November

Kommunalaufsicht & Förderprogramme

Ziele:

- Die Kommunalaufsicht soll Kommunen bei nachhaltiger Haushaltsführung und Konsolidierungsmaßnahmen beraten und unterstützen.
- Der Zugang zu Fördermitteln für Kommunen in der Haushaltssicherung soll vereinfacht und flexibler gestaltet werden.
- Die Restriktive Linie bei Nettokreditermächtigung soll gelockert werden.

Änderung der GO

- Die vorgenannten Ziele sollen zunächst über eine Änderung der GO erreicht werden.
- In § 76 GO NRW soll das gesetzliche Verbot der Genehmigung von HSK mit längeren Laufzeit als dem Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung aufgehoben werden.
- Hierzu wird in § 76 Abs. 2 der Satz 3 gestrichen.

Konsequenzen I

- Durch diese Änderung der GO werden längerfristige HSK grundsätzlich genehmigungsfähig. Allerdings bleibt die Pflicht zum Haushaltsausgleich bestehen.
- Ein „Nothaushaltsrecht“ wäre mit dem Inkrafttreten der Änderung weitestgehend überflüssig.

Konsequenzen II

- Der „Leitfaden“ des MIK vom 9. März 2009 könnte nach Inkrafttreten der GO-Änderung in den Abschnitten 4 (Vorläufige Haushaltsführung bei nicht genehmigtem HSK) und 5 (Umgang mit –drohender – Überschuldung) aufgehoben werden.
- Damit sind diverse Probleme, die aus dem Leitfaden erwachsen sind, gelöst.

Kommunale Einnahmen verbessern

- Befrachtung des GFG wird zurückgenommen (166,2 Millionen Euro)
- Grunderwerbsteueranteil wird an Kommunen ausgezahlt (ca. 133 Millionen Euro)
- Vorab-Ausgleich Wohngeld 236,5 Millionen Euro
- 520 Millionen für U 3 Ausbau
- Einheitslastenabrechnungsgesetz wird unter Einbeziehung des zu erwartenden Urteils vom VGH NRW verfassungskonform gestaltet
- Gewerbesteuer um freie Berufe erweitern

Beispielrechnung Altschuldenfonds

Liquiditätskreditabbau und Haushaltskonsolidierung: Finanzierungsbeiträge

Jährliche Deckungslücke 2,00 Mrd. €

davon

- Bund	0,70 Mrd. €
- Empfängerkommunen	0,20 Mrd. €
- „kommunale Familie“	0,20 Mrd. €
- KFA 300	0,20 Mrd. €
- Land	0,60 Mrd. €
- Steuererhöhung/Schuldensoli	?,?? Mrd. €

Quelle: Prof. Martin Junkernheinrich, 6. Oktober 2010